

Rede von Stadtrat Cofie-Nunoo
zur Haushaltsverabschiedung im Gemeinderat am 18.12.2012

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

eigentlich sind die Rollen in einem Haushaltsverfahren klar verteilt. Der Oberbürgermeister bringt seine Vorstellungen in Form des Planentwurfs ein und der Gemeinderat hat die Möglichkeit, diesen zu diskutieren und gegebenenfalls eigene politische Schwerpunkte zu setzen. Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen, wie bereits erwähnt, die der Planentwurf enthalten hat, waren allerdings überhaupt nicht akzeptabel. Daher hat der Gemeinderat seine Verantwortung wahrgenommen und hat die vorgelegte Schieflage mit großem Aufwand korrigiert. Denn der Haushaltsplanentwurf wies im Ergebnishaushalt eine strukturelle Unterdeckung auf und konfrontierte den Gemeinderat außerhalb des vorgelegten Plans auch noch mit unzähligen Anträgen kultureller und sozialer Einrichtungen, die den Ämtern oft schon vor der Sommerpause vorlagen, im Entwurf aber nicht berücksichtigt waren. Diese Aufgabe wurde indirekt aber äußerst elegant dem Gemeinderat übertragen, der sich in den letzten Wochen damit auseinandersetzen musste, welcher Zuschuss gewährt werden sollte und welcher nicht. Das ist aber klassisch die Aufgabe der Verwaltung und nicht die Aufgabe des Gemeinderates. Dadurch fehlte in den Verhandlungen die notwendige Zeit, das politische Gestaltungspotenzial durch inhaltliche Schwerpunktsetzung zu nutzen. Denn wir sind mangels zeitlicher und personeller Ressourcen nicht in der Lage, die Einsparpotenziale eines Gesamthaushalts im Detail zu identifizieren. Das ist wie die bekannte Suche nach der Stecknadel im Heuhaufen und ein deutlicher Nachteil gegenüber der Verwaltung. Hier mahnen wir als Fraktionsgemeinschaft an, endlich für mehr Transparenz zu sorgen. Seit Jahren fordern wir fraktionsübergreifend die Systematik des Haushalts anzupassen und Produkte im Haushalt erkennbar mit Budgets zu hinterlegen, sodass wir als Gemeinderäte die Auswirkung inhaltlicher Änderung auch finanziell schnell bewerten können. Die Vielzahl der Anträge aus dem Sozial- und Kulturbereich außerhalb des Planentwurfs zeigt deutlich auf, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht. Daher findet sich dieser Aspekt auch im gemeinsamen Leitantrag wieder. Wir haben bei der Entwicklung der Ausgaben eine Grenze erreicht, die nur durch eine klare inhaltliche und zeitliche Priorisierung im Ergebnis- und Finanzhaushalt zu beherrschen ist. Das würde allerdings bedeuten, dass wir uns politisch auf eine Art Masterplan verständigen müssten, in dem die bestehenden Pläne zusammengefasst werden. Diese Aufgabe erachten wir als dringend notwendig. Die Schieflage im laufenden Verwaltungshaushalt deutete sich bereits vor längerer Zeit an und ich erinnere mich noch ganz gut an den Wunsch des Kämmers, ein Eckwertepapier zu verabschieden. Dieses sollte unter anderem Parameter, die Neuverschuldung und die Höhe der Investitionen festlegen und in einen Eckwertebeschluss münden. Wir haben dieses Papier letztendlich nicht verabschiedet, da die vereinbarte Zeitschiene von der Verwaltung nicht eingehalten wurde. Somit blieb uns nicht ausreichend Zeit, um die Auswirkungen politisch zu bewerten. Was aber hinderte die Verwaltung ihrerseits daran, ihre Vorstellung eines Eckwertepapiers im Haushaltsplanentwurf umzusetzen, um mit gutem Beispiel voranzugehen? Diese Frage hat bisher weder der Kämmers noch der Oberbürgermeister beantwortet. Auf die Antwort sind wir sehr gespannt. Denn es war nicht der Gemeinderat, der maßlose Erhöhungen beschlossen hat, der Beschluss steht ja erst heute an. Das Gegenteil ist der Fall. Es war diesmal der Oberbürgermeister selbst, der uns parteiübergreifend mit diesem Entwurf überrascht hat. Einigkeit gab es, wie bereits erwähnt, bezüglich der finanzpolitischen Statik dieses Haushalts, deren Grundzüge im gemeinsamen Leitantrag formuliert wurden. Meine Kollegin ist darauf im Einzelnen bereits eingegangen. Unsere Fraktionsgemeinschaft hat die Balance zwischen dem finanzpolitisch notwendigen und der Nutzung inhaltlicher Gestaltungspotenziale in die Verhandlungen eingebracht und in wichtigen Bereichen auch erreicht.

Ich komme jetzt zum Paketentwurf:

Wir sind froh, dass der Antrag „Bereitstellung von Flächen zur temporären Nutzung durch die Kultur- und Kreativwirtschaft“ doch noch den Weg in das Gesamtpaket gefunden hat, denn er garantiert die Weiterführung des erfolgreich eingeschlagenen Weges in diesem Bereich. Denn es entstehen sowohl für die Verwaltung als auch für die Nutzer der Liegenschaften Vorteile, wie die Verhinderung von Leerstand, die Deckung laufender Kosten für die Liegenschaften durch Mieteinnahmen und die Schaffung von Experimentierräumen. Dem Antrag „Quartiersmanagement Boxberg Hasenleiser und Bergheim West“, der jetzt den Weg in das Paket gefunden hat, stehen wir etwas kritisch gegenüber. Wir akzeptieren den mit einem reduzierten Betrag in das Paket eingeflossenen Antrag. Wir denken aber, dass das der falsche Ansatz ist, soziale Probleme lösen zu wollen. Denn bereits die Evaluation der Maßnahmen auf dem Emmertsgrund zeigt, dass der Zugang zu bestimmten Zielgruppen oft nicht möglich oder sehr schwierig ist. Wir haben den Tagesordnungspunkt 3 für die Fortführung des Stadtteilmanagements gerade verabschiedet. Unser Ansatz ist es, die Ressourcen und Potenziale der Menschen durch die Förderung neuer Nachbarschaften innerhalb der Quartiere zu nutzen. Das ist ein niederschwelliger Ansatz, der auf die Kraft des Engagements von Mitbürgerinnen und Mitbürgern setzt. Denn die Folgekosten des Quartiermanagements werden sich auf 100.000 bis 150.000 Euro für den Aufbau und den Betrieb professioneller Strukturen belaufen, wie die Stellungnahme der Verwaltung ausführt. Außerdem stehen in der mittelfristigen Finanzplanung dafür keinerlei Mittel zur Verfügung. Wir möchten gerne kostengünstigere, die bürgerschaftlichen Potenziale nutzende Ansätze verwirklichen.

Ich habe jetzt noch einige ergänzende inhaltliche Schwerpunkte zu den Einzelanträgen, die wir aufrechterhalten werden. Da wäre die Umsetzung des Handlungskonzepts Demografischer Wandel. Zitat Gerhard Schröder: „Auf Dauer kann die Politik den demografischen Wandel nicht überlisten.“ Dieses Zitat des ehemaligen Bundeskanzlers war ein Kommentar zu dem vor einigen Wochen von der SPD vorgelegten Rentenkonzept. Es passt allerdings auch in unseren kommunalpolitischen Kontext. Der Haushaltsplan hat es uns deutlich vor Augen geführt, dass eine inhaltliche und zeitliche Priorisierung dringend erfolgen muss, sonst werden wir die Ausgaben im Ergebnishaushalt nicht in den Griff bekommen. Das Handlungskonzept wäre ein hervorragendes Instrument, um diese Priorisierung vorzunehmen. Hieraus ließe sich auch der von mir eben erwähnte Masterplan entwickeln. Der Gerechtigkeit halber sei noch erwähnt, dass die Bundesregierung ebenfalls eine Demografie-Strategie vorlegt hat. Da sollten wir doch auch auf kommunaler Ebene unseren Ruf als Vorreiter bestätigen und unser Handlungskonzept umsetzen. Daher bitte ich Sie nochmal, diesem Antrag zuzustimmen.

Wir stellen weiterhin den Antrag „Einwerben von Mitteln aus europäischen Förderprogrammen“, da die Stellungnahme der Verwaltung zeigt, dass sie dieses Thema nicht, wie von uns beantragt, bearbeitet. Sie verweist auf eine Koordinationsstelle für Zuschüsse bei der Kämmererei. Diese gibt aber lediglich Informationen an die Ämter weiter. Es gibt aber keine systematische Nutzung oder ein Controlling, ob die Potenziale der europäischen Förderprogramme tatsächlich genutzt werden. Deshalb halten wir diesen Antrag aufrecht und bitten um Zustimmung. Hier kann bares Geld nach Heidelberg geholt werden.

Auch bei den Anträgen zur Nutzung öffentlicher Gebäude und Sportstätten ist die Stellungnahme der Verwaltung leider nicht lösungsorientiert. Typischerweise werden durch die Argumentation Hürden aufgebaut, warum der Antrag nicht umzusetzen ist. Gründe wie Datenschutz außerhalb der Dienststunden, Hausrecht der Schulleitung, Sicherheit der Sachausstattung, Präsenz der Hausmeister und Tarifverträge werden genannt. Unsere Intention war es, mögliche Potenziale zu nutzen. Dabei hatten wir uns eine Lösung der Hausmeisterproblematik gewünscht. Prompt wurde diese wieder als Gegenargument angeführt. Vielleicht gibt es ja auch pensionierte Hausmeister, die eventuell als Springer zur Verfügung stehen. Darüber sollte einmal nachgedacht werden.

Warum haben wir den Antrag „Kürzung der Transferaufwendungen Stadtmarketing Pro Heidelberg“ aufrechterhalten? Warum stimmen wir hier also nicht zu? Wir haben hier nur auf Nachfrage die Gründe für die Erhöhung der Mittel erhalten. Eine inhaltliche Debatte oder die Vorlage eines Konzepts gab es im Vorfeld nicht. Die halbe Personalstelle sollte quasi durch

die Hintertür durchrutschen. Wir sind der Auffassung, dass Pro Heidelberg zunächst ein Konzept erstellen und dieses dann in den Gremien vorstellen soll. Aktionen wie der Gassenhauer in der Unteren Straße haben gezeigt, dass gute Aktionen nicht unbedingt eine Aufstockung des Personals bedeuten müssen. Auch die Kooperation mit den Akteuren der Kultur- und Kreativwirtschaft kann, wie gezeigt, eine Lösung sein.

Ich komme zu den Anträgen anderer Fraktionen und da sticht einer hervor. Es wurde bereits in der Fragestunde erwähnt – nämlich der Streichantrag Dischingerstraße der SPD. Wir sind sehr glücklich, dass dieser wohl voraussichtlich keine Mehrheit finden wird. Es wäre unseres Erachtens auch ein verheerendes Zeichen für Jugendkultur in dieser Stadt, die sich Freiräume, selbst verwaltete Räume wünscht. Insofern hoffe ich, dass die anderen diesem Antrag nicht zustimmen.

Wir haben ebenfalls einen Antrag zurückgezogen aus dem Kulturbereich – die Neuorganisation von institutioneller und von Projektförderung. Wir sind der Auffassung, dass dieser Antrag wichtig und richtig ist, und er ist dringend notwendig, wie die Flut der Anträge im Vorfeld gezeigt hat. Wir werden dieses Thema im Auge behalten und gemeinsam mit den Kulturschaffenden an einer tragfähigen Lösung arbeiten und warten die entsprechende Vorlage ab, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Es ist ein wenig enttäuschend, dass wir Investitionen in Millionenhöhe tätigen, ohne, dass wir versuchen, unsere festgeschriebenen Ziele der Gesundheitsförderung damit zu verbinden. Ich spreche von unserem Antrag „Einleitung einer Schulernährungswende in Verbindung mit dem Bau von Mensen“. Aber es gibt in diesem Gremium dafür leider keine Mehrheit.

Bezüglich unseres Antrags „Bürgerzentrum Bahnstadt“ und „Familienbildungszentrum“ sind wir der Meinung, dass wir die Diskussion und inhaltliche Planung des Bürgerzentrums zeitgleich mit der baulichen Planung führen müssten. Leider wird die soziale Infrastruktur nicht mit der gleichen Intensität geplant wie die bauliche Planung.

Ich komme zum Schluss. Wir haben die Anträge „Bereitstellen von Flächen für gemeinschaftliches Gärtnern“ und das Projekt „Essbare Stadt Heidelberg“ zurückgezogen, da sie in den Sachantrag heute unter Tagesordnungspunkt 21 einfließen. Daher freuen wir uns über die Unterstützung der anderen Fraktionen bei diesem Tagesordnungspunkt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.